

Salem: Bürgerinitiative will Neubaugebiet verhindern

Es sollen bereits genügend Unterschriften für ein Bürgerbegehren zusammengekommen sein

VON SOPHIE SCHADE

SALEM. Doch kein neuer Wohnraum auf dem Land? Gegen das geplante Baugebiet in Salem regt sich Widerstand. Eine Bürgerinitiative hat sich gegründet, um das von der Gemeindevertretung im November beschlossene Neubaugebiet an der verkehrsberuhigten Lindenallee Dorotheenhofer Weg zu verhindern. Geplant sind 20 bis 24 Wohneinheiten, davon der Großteil als Einzel- und Doppelhäuser. Sechs Wohneinheiten sollen in einem Mehrfamilienhaus entstehen.

Wieso sind die Gründer der Bürgerinitiative gegen die Pläne? „Die Allee verbindet als beliebter Wander- und Radweg Ratzeburg und Salem. Für das neue Baugebiet und den zusätzlichen Verkehr müsste sie ausgebaut werden“, benennt die Bürgerinitiative ihre Argumente gegen das Neubaugebiet in einer Pressemitteilung.

Überdimensioniert und nicht im Sinne des Klimaschutzes

Mitinitiatorin Jasmin Andreae aus Dargow ergänzt: „Für uns in Dargow bedeutet die beschlossene Planung, dass sämtliche andere Bauprojekte außerhalb bestehender Bebauungspläne für mindestens 15 Jahre blockiert sind. Wir haben außerdem den Eindruck, dass es kein hinreichendes Abwägen der unterschiedlichen Möglichkeiten gegeben hat, Wohnraum für junge Familien zu schaffen. Vor dem Hintergrund der Kostenentwicklung und der Klimakrise sollte ein Umdenken bezüglich neuer Flächenversiegelung stattfinden.“

Corina von Allwörden, weitere Mitinitiatorin aus Salem,



Um diese Idylle am Dorotheenhofer Weg fürchten die Gegner des Neubaugebietes. FOTO: HFR

hat ebenfalls Bedenken: „Die Größe des Projektes ist vollkommen überdimensioniert, besonders in Anbetracht der neuen wirtschaftlichen Entwicklung. Der Bedarf der jungen Menschen in Salem sollte durch Lückenbebauung innerhalb des Ortes und durch frei werdende Häuser gedeckt werden. Außerdem wird uns Salemern der Sportplatz ersatzlos weggenommen und wir verlieren eine beliebte Spazierstrecke.“

Salems Bürgermeister Herbert Schmidt erwidert auf die Argumente der Bürgerinitiative: „Seit 2000 ist durch Festlegung im Landschaftsplan klar, dass sich die Gemeinde nur im Bereich des Plangebietes baulich entwickeln kann.“ Zudem sei eigens Land der Kirchgemeinde angekauft worden, um es gegen mögliches Bauland tauschen zu können – denn Baulücken seien ebenfalls nicht für die Bebauung verkauft worden. Ein spezielles „Baulückenkataster“ als Nachweis, dass Baulücken nicht zur Verfügung stehen, soll folgen. „Es wird aus den Reihen der Salemer Bürgerinnen und Bürger ein Bedarf an



Seit 2000 ist klar, dass sich die Gemeinde nur im Bereich des Plangebietes baulich entwickeln kann.

Herbert Schmidt, Salemer Bürgermeister

Bauland angemeldet. Hier sind verschiedene Altersgruppen, insbesondere auch jüngere Interessierte zu nennen.“ Bei der Vergabe der Grundstücke sollen deshalb vorzugsweise Salemer Bürgerinnen und Bürger berücksichtigt werden.

Wohnraum für mehrere Generationen

Ebenfalls sei ein Mehrfamilienhausprojekt mit barrierearmem Erdgeschoss geplant – für Personen, die sich kein Grundstück mit Haus darauf (mehr) leisten können oder wollen, wohl aber in Salem wohnen bleiben möchten. Dazu zählt Schmidt auch jene Salemer, die ihr Haus zugunsten einer altersgerechten Bleibe tauschen wollen.

Der Bürgermeister setzt zudem darauf, dass die neuen Mitbürger, auch wenn sie am Ende vielleicht doch nicht alle aus Salem kommen, sich intensiv in der Dorfgemeinschaft einbringen und so zu „Salemern“ werden. „Sollen all diese Menschen verprellt werden, weil sie sich Salem ausgesucht haben? Es geht auch um den Erhalt der Struktur und mögli-

che Strukturverbesserungen“, sagt Schmidt weiter. Das gehe nur mit gleichbleibender, besser erhöhter Einwohnerzahl.

„Bevölkerung zu wenig einbezogen“

Zwischen Weihnachten und Jahresende 2022 seien bereits „weit mehr als die erforderlichen“ Unterschriften gesammelt und dem Amt Lauenburgische Seen übergeben worden. Doerthe Ehmke aus Salem, eine der Initiatorinnen: „Der Beschluss der Gemeindevertretung, eine Fläche von zehn Hektar direkt am Naturschutzgebiet zu überplanen, hat weitreichende Auswirkungen auf die einzigartige Landschaft. Wir wollen, dass diese erhalten bleibt. Über diesen massiven Eingriff in Natur und Landschaft haben nur einige Wenige entschieden. Die Bevölkerung wurde zu wenig einbezogen. Wir denken, dass die Bürgerinnen und Bürger darüber entscheiden sollten, nachdem sie alle Risiken und Kosten kennen und nicht einfach vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Es gibt – falls überhaupt erforderlich – besser geeignete Flächen, bei denen schon alle Anschlüsse vorhanden sind, wie zum Beispiel am Neubaugebiet Ahornweg gegenüber der neuen Rettungswache.“

Dass die Bevölkerung zu wenig beteiligt worden sei, sieht Bürgermeister Herbert Schmidt anders: „Die Gemeindevertretung und Mitglieder des Bauausschusses waren immer zu jedem Schritt beteiligt und es gab fast immer einstimmige Beschlüsse.“ Die Kommunalaufsicht prüft jetzt im nächsten Schritt die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens.